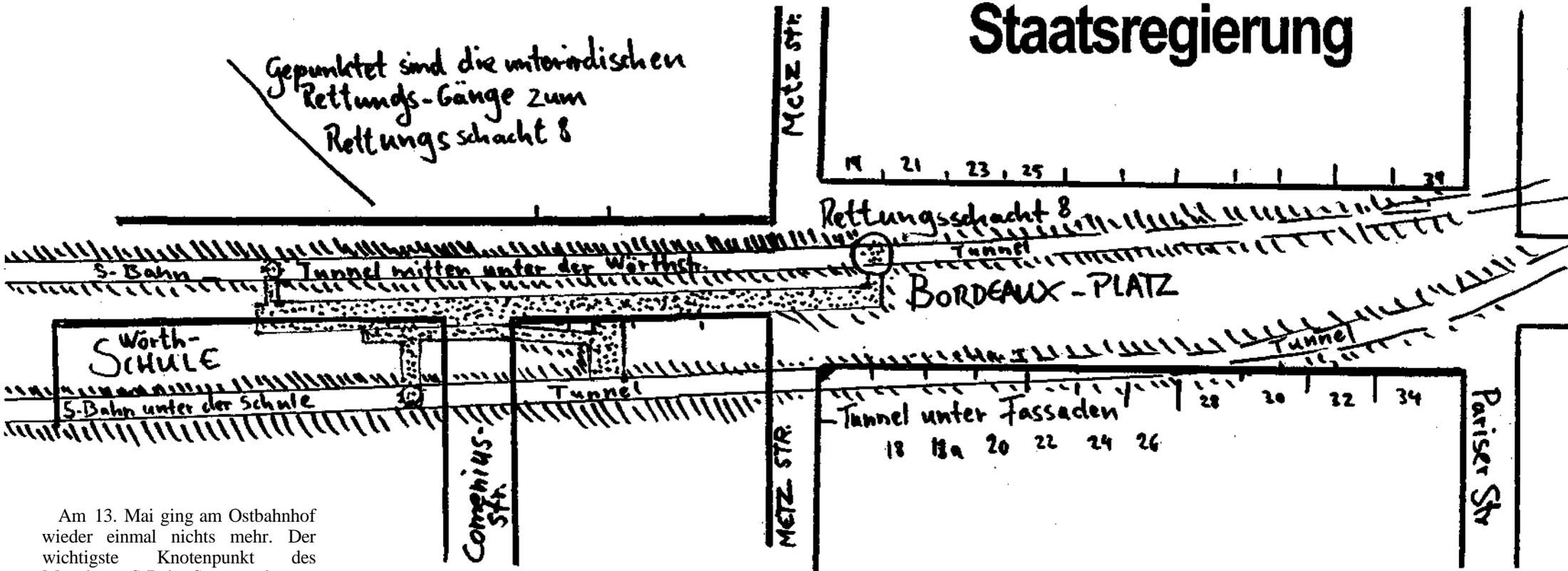


Das Stellwerk am Ostbahnhof und die Bayerische

Staatsregierung



Am 13. Mai ging am Ostbahnhof wieder einmal nichts mehr. Der wichtigste Knotenpunkt des Münchner S-Bahn-Systems konnte über mehrere Stunden nicht mehr angefahren werden, mit entsprechenden Auswirkungen auf die Stammstrecke durch die Innenstadt. Der Grund war ein Defekt im altersschwachen und störanfälligen Stellwerk am Ostbahnhof. Es ist seit langem als Schwachpunkt im Münchner S-Bahn-Netz berüchtigt, und sollte beim Bau einer 2. S-Bahn-Stammstrecke vordringlich erneuert werden.

Dessen erster Anlauf durch die Kirchenstraße scheiterte wegen ex-

tremen Mangels an Rentabilität, mit freundlichen Grüßen vom Bundesrechnungshof. Somit waren die Bundesmittel futsch, also 60% der Finanzierung. Vergleichsweise ist das wie eine Insolvenz vor der Eröffnung eines Ladens. Um also einen neuen Antrag auf Bundesmittel stellen zu können, der bei der standardisierten Bewertung nicht durchfällt, bastelt der damalige Minister Huber; obwohl er ganz wenig Zeit hat, an einem 250-Millionen-

Euro-Sparprogramm mit einer angeblich kostengünstigeren neuen Trasse östlich der Isar, volkswirtschaftlicher Nutzen 1,18. Dem Rotstift fiel auch das geplante elektronische Stellwerk zum Opfer, obwohl es, egal welche Version einer Stammstrecke je gebaut wird, sehr dringend gebraucht wird. Ein Verzicht auf ein elektronisches Stellwerk am Ostbahnhof verringert die Betriebsstabilität der S-Bahn wesentlich, weil viele der heute auftre-

tenden Störungen auf das vorhandene Stellwerk zurückzuführen sind.

Die Bayerische Staatsregierung mit der jetzt zuständigen Ministerin Müller steht vor unserer Frage, ob ihr die Tragweite dieser "Einsparung" bewusst ist. S-Bahn-Reisende sollen offensichtlich weiterhin mit diesem Schwachpunkt leben. Auch der zweite Tunnel, falls er im Jahr 2022 fertig wird, kann daran nichts ändern. Die Neuplanung bringt im

Vergleich zu vorher nur noch eine weitere Verschlechterung, und das alles für 2 Milliarden!

Oder sind die Damen und Herren überfordert? Angesichts der in letzter Zeit unter der Aufsicht von Regierungsmitgliedern verkasperten Milliarden könnten die Wähler und Steuerzahler das durchaus vermuten.